



HANDREICHUNG

Sicher gegen Rechts

Umgang mit Diskriminierung und rechten
Anfeindungen im Jugendverband

entdecke was geht
www.ljrbw.de

landes
jugend
ring **bw**

Impressum

Herausgeber:

Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
Haeberlinstraße 1-3, 70563 Stuttgart

Fon: 0711 16447-0

info@ljrbw.de

www.ljrbw.de



Redaktion: Alexander Krickl, Daniela Bold, Gerlinde Röhm, Karoline Gollmer,
Nico Alt

V. i. S. d. P.:

Alexander Strobel, Martina Krattenmacher, Sabine Renelt, Dominik Nawratil,
Benjamin Mutter

Layout: Karoline Gollmer

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH

Titelbild: Georg Eiermann // unsplash.com

2. überarbeitete Auflage, 1.000 Exemplare

Stuttgart, November 2025

Fragen, Anregungen, Wünsche

Fragen, Anregungen und Wünschen zur Handreichung oder zur Arbeit gegen
Rechts gehen an den Landesjugendring Baden-Württemberg:

0711 16 447-0 oder info@ljrbw.de

Der Landesjugendring bedankt sich ganz herzlich bei den Kolleg*innen aus
der AG „Strategie gegen Rechts“ und Andreas Hässler (LAGO BW), die an der
Entstehung der Handreichung mitgewirkt haben!

Vorwort

Jugendverbände und Jugendringe richten sich mit der Vielfalt ihrer Angebote an alle Kinder und Jugendlichen. Sie bieten ihnen Raum für Erfahrung und zur Entfaltung, in dem sie sich wohlfühlen können und sicher vor Anfeindungen sich selbst erfahren können.

Bewusste und unbewusste Vorurteile, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Benachteiligung aufgrund geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung sind jedoch – wie in der Mehrheitsgesellschaft – auch in der Jugendverbandsarbeit eine Realität. Um diesen entgegenzuwirken und auf das Ziel eines sicheren, freien Raums für junge Menschen hinzuwirken, hat der Landesjugendring 2019 seine „Leitsätze für Vielfalt gegen Diskriminierung“ beschlossen. In ihnen positioniert er sich gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen klar für eine vielfältige und inklusive Gesellschaft und benennt rote Linien im Umgang mit Vorurteilen und Diskriminierung.

Mit dieser Handreichung möchten wir haupt- und ehrenamtlich Aktiven in der Jugendverbandsarbeit eine schnelle und kompakte Hilfestellung an die Hand geben. Sie unterstützt dabei, die Leitsätze mit Leben zu füllen. Aber sie soll auch konkrete Hilfe geben: idealerweise schon bei der Prävention, denn diese ist das A und O. Aber auch, wenn die Förderung der Jugendverbandsarbeit von undemokratischen Politiker*innen instrumentalisiert oder delegitimiert wird, wenn die Veranstaltung eines Jugendverbands durch rechtspopulistische Gruppen gestört wird, wenn junge Teilnehmende sich in der Gruppenstunde oder beim Ferienlager diskriminierend äußern, gibt diese Handreichung erste Hinweise zum Umgang mit solchen Situationen und benennt weiterführende Unterstützungsangebote.

Wir hoffen, dass diese Handreichung für viele Jugendleiter*innen, Vorständ*innen und Hauptamtlichen in Verbänden und Ringen eine Hilfe im Umgang mit Rechts wird. Gemeinsam stärken wir Jugendverbände und Jugendringe als diskriminierungsfreie Orte für Kinder und Jugendliche!



Inhalt

Leitsätze für Vielfalt gegen Diskriminierung:	7
Die eigenen Strukturen prüfen: Wertediskussion, Ausschlusskriterien....	10
– Die Mär vom Neutralitätsgebot.....	10
– Bildet Banden!	
Solidarisch und selbstbewusst gegen Angriffe auf Jugendarbeit....	12
Mehr Sicherheit im Umgang mit Veranstaltungsstörungen	13
– Vorbereitung einer Veranstaltung	13
– Exkurs: Ist der Ausschluss von extrem Rechten undemokratisch? ..	14
– Durchführung einer Veranstaltung.....	15
– Nach der Veranstaltung.....	15
– Im Onlinebereich	15
Umgang mit rechten Nutzungsversuchen	17
– Die eigenen Werte kennen und Ausschlusskriterien formulieren....	17
– Seid vorbereitet, sucht Verbündete, nutzt Netzwerke	17
Sicher gegen Rechts in der pädagogischen Arbeit	19
– Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)	19
– Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKOs).....	19
– Auf problematische Äußerungen angemessen reagieren	20
Pädagogischer Umgang mit Jugendlichen, die sich abwertend äußern.	21
– Beziehung ist wichtig	22
– Problemlage richtig einschätzen	23
Umgang mit Diskriminierungserfahrungen	25
Umgang mit Rassismusvorwürfen	26
Wo finde ich Unterstützung?.....	29
Weiterlesen.....	33

LEITSÄTZE FÜR VIELFALT GEGEN DISKRIMINIERUNG

STOPP



Die Leitsätze für Vielfalt gegen Diskriminierung des Landesjugendrings Baden-Württemberg

Die deutsche Mehrheitsgesellschaft ist durch vielfältige Formen (unbewusster) Vorurteile geprägt. Wir sehen, dass auch wir in den Jugendverbänden und Jugendorganisationen nicht frei von Sexismus, Rassismus, Antisemitismus sowie Benachteiligung aufgrund geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung sind. Deshalb findet in unseren Kontexten ebenfalls Ausgrenzung und Diskriminierung statt.

Wir verurteilen solche Denkmuster und Strukturen, wollen für diese sensibilisieren und sie ändern. Vor diesem Hintergrund haben wir „Leitsätze für Vielfalt gegen Diskriminierung“ und klare „Rote Linien“ formuliert:

Vielfalt ist normal – dafür stehen wir:

Bei uns sind alle Menschen willkommen, so wie sie sind.

Wir achten die universell gültigen individuellen und sozialen Menschenrechte und fördern die Menschenrechtsbildung.

Wir stehen für eine inklusive, diversitätsorientierte und diskriminierungskritische Jugendarbeit, die von demokratischer Selbstorganisation und Teilhabe junger Menschen – auf allen Ebenen – lebt.

Wir sind von nichtformaler und informeller Bildung in der Jugendarbeit überzeugt. Sie bietet Raum für partnerschaftliche Beteiligung, Demokratiebildung und Kompetenzentwicklung für das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft.

Wir wissen um die Wichtigkeit des aktiven zivilgesellschaftlichen Engagements innerhalb der komplexer werdenden Herausforderungen einer globalisierten Gesellschaft.

Wir stehen für Vielfalt, Solidarität, Gleichberechtigung, Respekt und Freiheit, welche – unter anderem – durch ein Wechselspiel von internationaler bis hin zu örtlicher Kinder- und Jugendarbeit nachhaltig erlebbar wird.

Unsere roten Linien:



Gegen Diskriminierung

1. Gegen Diskriminierung

Wir beziehen aktiv Stellung gegen Diskriminierungen aller Art.



Gegen Rassismus

2. Gegen Rassismus

Wir wenden uns gegen alle Formen von Rassismus. Wir tolerieren keine Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Sprache, ihrer Herkunft oder Religion.

Hervorheben möchten wir, aufgrund der besonderen Relevanz, Islamfeindlichkeit und Antiziganismus, ohne alle anderen Formen von Diskriminierung diesen nachzustellen.



Gegen Antisemitismus

3. Gegen Antisemitismus

Wir wenden uns gegen Antisemitismus in alten und neuen, religiösen, sozialen oder politischen Erscheinungsformen.



Gegen Benachteiligung aufgrund geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung

4. Gegen Benachteiligung aufgrund geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung

Wir sehen die Vielfalt von Geschlechterempfinden und sexuellen Orientierungen.

Es gibt viele Liebes- und Lebensformen jenseits heterosexueller Normvorstellungen, sowie mehr als nur ein weibliches und männliches Geschlecht.



Hindernisse abbauen

5. Hindernisse zu Teilnahme und Mitbestimmung abbauen

Wir stehen für Barrierefreiheit und ermöglichen allen Kindern und Jugendlichen bei unseren Angeboten mitzumachen und diese mitzubestimmen.



Benachteiligung ausgleichen

6. Soziale, geographische und finanzielle Benachteiligungen ausgleichen

Wir berücksichtigen die sozialen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen sowie die finanziellen Möglichkeiten ihrer Familien und setzen uns gegen soziale Ungleichheit ein.

Wir ermöglichen, dass Kinder und Jugendliche aus allen gesellschaftlichen und geographischen Bereichen gleichermaßen an unseren Gremien und Angeboten mitwirken und teilnehmen können.



Nazis raus!

7. Nazis raus! Rechtspopulismus und Nationalismus keinen Raum geben

Mit Menschen, Parteien oder Organisationen, die Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit oder religiösen Fundamentalismus unterstützen, arbeiten wir nicht zusammen.

Dessen ungeachtet setzen wir im Umgang mit rechtsorientierten jungen Menschen, die noch kein geschlossen rechtes Weltbild haben, zunächst auf die pädagogische Auseinandersetzung um sie für eine demokratische, pluralistische und offene Gesellschaft zu gewinnen.

Die Leitsätze in der Praxis

Die eigenen Strukturen prüfen: Satzungen, Wertediskussion, Ausschlusskriterien

Autoritäre, rassistische und andere diskriminierende Einstellungen sind in den vergangenen Jahren sicht- und hörbarer geworden. Dies spielt einer (extrem) rechten Strategie in die Hände, die anstrebt, gesellschaftliche Debatten und Einstellungen weiter nach rechts zu verschieben. So wollen sie kulturelle Vorherrschaft erlangen – auch in der Jugendarbeit.

Dem entgegen steht eine Jugendarbeit, die sich für Vielfalt, Menschenrechte, Engagement und politische Mündigkeit einsetzt und einen Lernraum zur Einübung demokratischer Umgangsweisen bietet. Dies gilt umso mehr, wenn sie über Bedrohungen für die Demokratie und über Diskriminierung aufklärt.

Durch den wachsenden gesellschaftlichen und politischen Einfluss des rechten Spektrums kommt es gehäuft zu Interventionen gegen die demokratisch-pluralistische Jugendarbeit. Das kann vor allem beobachtet werden, wenn eine Auseinandersetzung mit Themen wie Migration, geschlechtlicher und sexueller Vielfalt oder der extremen Rechten stattfindet. Die gewachsene rechte Präsenz in Entscheidungsgremien hat zudem Einfluss auf die Finanzierung von Jugendarbeit. Auf unterschiedliche Weise wird versucht, Druck auszuüben.

Die Mär vom Neutralitätsgebot

Oft werden Vorwürfe erhoben, die Jugendarbeit agiere nicht „neutral“ bzw. verstoße gegen ein angeblich existierendes „Neutralitätsgebot“. Dem liegt ein Verständnis von politischer Bildung als wertfreies Unterfangen zugrunde, das sich aktuell auch in konservativen Kreisen immer häufiger beobachten lässt.

Dieses Verständnis ist falsch.

Der geforderten „Neutralität“ steht der Auftrag des Sozialgesetzbuchs (SGB) VIII, § 11 entgegen. Danach soll Jugendarbeit „zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“. Im Gesetz wird politische Bildung ausdrücklich als Schwerpunkt der außerschulischen Jugendbildung und damit der Kinder- und Jugendarbeit genannt.

Auch in den zentralen Erkenntnissen und Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichts heißt es:

„Politische Bildung kann nicht neutral sein, denn die Orientierung junger Menschen an demokratischen Werten und die Entwicklung kritischer Urteilskraft ist ihr vornehmstes Ziel. Politische Bildung ist demnach ein Prozess der Bildung von Mündigkeit, der sich am ,unhintergehbaren Kern‘ der Demokratie mit Prinzipien wie Gleichheit, Pluralismus, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Minderheitenschutz orientiert“

(vgl. BMFSFJ 2020).

Auftrag von politischer Bildung ist es, über Parteien zu informieren und ihre Positionen sachlich zu thematisieren. Es ist ihr Auftrag, menschenrechtsfeindliche, rassistische oder rechtsextreme Positionen einzuordnen und sich dem entgegenzustellen. Dies gilt auch, wenn es sich um Positionen von in den Parlamenten vertretenen Parteien wie der AfD handelt. Der Einsatz für Menschenrechte und demokratische Grundwerte sind in diesem Sinne keine politischen Äußerungen.

Oft wird auch mit einem Entzug der Gemeinnützigkeit bei (vermeintlich) politischen Äußerungen gedroht. Auch hier liegt die Latte nicht so hoch, wie die politisch Rechte gerne glauben machen möchte: Zwar dürfen gemeinnützige Vereine keine rein parteipolitischen Ziele verfolgen, ihr dürft auch nicht einzelne Parteien unterstützen. Aber ihr dürft euch selbstverständlich innerhalb eurer Vereinszwecke politisch positionieren. „Vereinzelt“ sind auch politische Positionierungen auch darüber hinaus möglich, z. B. dürfen Naturschutzvereine auch an einer Demo für die Wahrung der UN-Flüchtlingskonventionen teilnehmen.

Es empfiehlt sich in jedem Falle, eure Satzung zu prüfen! Wenn euer Vereinszweck sehr eng gefasst ist, kann es schnell zu Problemen kommen – übrigens auch bei der Abrechnung von Aktivitäten, die nicht euren Aufgaben und Zielen zugeordnet werden können.

Ziel der rechten Interventionen rund um „Neutralität“ und Gemeinnützigkeitsrecht ist es, eine kritische Auseinandersetzung mit diskriminierenden Einstellungen und Verhaltensweisen zu unterbinden. Die mit diesen Vorwürfen einhergehende Verunsicherung von einigen Fachkräften, Trägern und Geldgeber*innen soll ein Handlungsvakuum schaffen, das es rechten Akteur*innen ermöglicht, diese Lücke mit ihren eigenen Vorstellungen von Jugendarbeit zu besetzen.

Um einer diversitätsbetonten und diskriminierungssensiblen Jugendarbeit die Legitimation zu entziehen, wird ihr „Linksextremismus“ oder „Indoktrination“ unterstellt. Auf diese Weise sollen Zuwendungsgeber*innen und Träger der Jugendarbeit in einen Rechtfertigungszwang gebracht, strengere Vorschriften erlassen und unliebsamer Jugendarbeit die Finanzierung entzogen werden. Damit wird die oft jahrelang gewachsene gute fachliche Zusammenarbeit von Fachkräften, Trägern und Verwaltung infrage gestellt.

Bildet Banden! Solidarisch und selbstbewusst gegen Angriffe auf Jugendarbeit

Rechte Angriffe auf die Jugendarbeit zielen auf eine Polarisierung und Spaltung des Arbeitsfeldes. Um selbstsicher darauf reagieren zu können, empfiehlt sich eine kontinuierliche Lobby- und Netzwerkarbeit sowie kollegialer Austausch im Umgang mit rechten Angriffen.

In der Reaktion auf rechte Angriffe ist ein selbstbewusstes Auftreten wichtig, bei dem die pädagogischen Ziele der eigenen Arbeit im Vordergrund stehen. Fachkräfte und Träger können sich auf ihre Fachlichkeit, die Werte und den gesetzlichen Auftrag der Jugendarbeit berufen.

Sichtbar gemacht werden kann dies in Leitbildern oder Hausordnungen, die den fachlichen Anspruch und die demokratische Haltung unterstreichen. Eine (gemeinsame) öffentliche Positionierung von Trägern gegen rechte Angriffe bietet Sicherheit und Rückendeckung für Fachkräfte und Ehrenamtliche. Sie signalisiert nach innen und außen die Solidarität mit den von Diskriminierung und rechter Diffamierung Betroffenen.

Eine gemeinsame Haltung von Trägern, Verwaltung und Politik, die die Notwendigkeit einer politischen Bildung in der Jugendarbeit auf Grundlage von demokratischen Werten und Menschenrechten anerkennt, stärkt die eigene Handlungssicherheit. Eine gute Kommunikation zwischen diesen Akteur*innen hilft zudem, mögliche Unsicherheiten abzubauen.

Zum Weiterlesen:

*Deutscher Bundesjugendring, Bundesverband Mobile Beratung gegen Rechts-
extremismus und Landesjugendring Hamburg, 2025: Haltung statt Neutralität!
– Zum Umgang mit rechtsextremen Anfeindungen der Jugendverbandsarbeit.
Berlin. Online unter <https://www.dbjr.de/haltung-statt-neutralitaet>.*

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2020: Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichts. Berlin.

Dieckmann, Marcel, 2018: Jugendsozialarbeit im Visier – Rechtspopulistische Angriffe und Einschüchterungsversuche. In: Berliner Zustände 2018. S. 70-75, Online unter <https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Berliner-Zustände-2018.pdf>.

Hafeneger, Benno et al.; 2021: Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Frankfurt/ Main.

Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e. V. (Hrsg.), 2020: Rechts(d)ruck in Sozialer Arbeit. In: Forum für Kinder- und Jugendarbeit 36/2, online unter <https://www.kinder-undjugendarbeit.de/index.php?id=87>

Mehr Sicherheit im Umgang mit Veranstaltungsstörungen

Veranstaltungen zum Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder zur extremen Rechten werden immer wieder gezielt gestört. Akteur*innen des organisierten extrem rechten Spektrums verfolgen seit den 2000er Jahren eine Wortergreifungsstrategie, die darauf zielt, den Ablauf von Veranstaltungen zu stören, die Inhalte nach rechts zu verschieben und die Teilnehmenden zu verunsichern.

Auch nicht organisierte Personen, die menschenfeindliches Gedankengut verbreiten, versuchen Veranstaltungen zu vereinnahmen. Im Folgenden soll ein Blick auf Handlungsmöglichkeiten geworfen werden, um sicher mit (potenziellen) Störungen umgehen zu können.

Vorbereitung einer Veranstaltung

Eine gute Vorbereitung kann dazu beitragen, das Ausmaß von Veranstaltungsstörungen zu verringern. Dabei ist es ratsam, sich vorher Gedanken zu machen, was das Ziel der Veranstaltung ist und wer adressiert wird.

Außerdem macht es Sinn, sich im Team und mit den Programmbeteiligten darauf zu verständigen, was eigentlich als nicht zumutbare Störung empfunden wird.

Weitere Tipps für die Vorbereitung von Veranstaltungen:

- » Informiert euch über Grundlagen der extrem rechten Ideologie und ihre Strategien.
- » Fragt bei szenekundigen Organisationen nach Einschätzungen und Unterstützung.
- » Sprecht euch über die Rollen während der Veranstaltung ab: Moderation, Technik, Referent*in etc. Verabredet, wer welche Aufgabe im Falle einer Störung übernimmt.
- » Klärt im Vorfeld ab, wer das Hausrecht bei der Veranstaltung ausüben darf.
- » Sind Störungen zu befürchten, nehmt Kontakt mit der Polizei vor Ort auf und informiert über eure Veranstaltung und eure Bedenken. Fragt nach Unterstützung und einer Ansprechperson.
- » Arbeitet bei öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen mit einer Antidiskriminierungsklausel. Diese muss auf allen Einladungen enthalten sein. Auf Flyern könnt ihr darauf hinweisen, dass ihr eine solche Klausel habt.

Beispiel für eine Antidiskriminierungsklausel:

Den Veranstaltenden ist ein respektvolles und diskriminierungsfreies Miteinander sehr wichtig. Störungen oder Beleidigungen führen zum Ausschluss aus der Veranstaltung. Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die extrem rechten Parteien oder Organisationen angehören, der extrem rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

(Vorlage in Anlehnung an das Kulturbüro Sachsen)

Exkurs: Ist der Ausschluss von extrem Rechten undemokratisch?

Extrem Rechte versuchen sich bei einem Ausschluss von Veranstaltungen als Opfer zu inszenieren und unterstellen den Veranstalter*innen, intolerant zu sein. Ist der Ausschluss von extrem Rechten undemokratisch? Nein, denn das extrem rechte Weltbild selbst richtet sich gegen die Demokratie. Es basiert u.a. auf der Vorstellung einer Ungleichwertigkeit von Menschen und beinhaltet die Akzeptanz von Gewalt. Der italienische Schriftsteller Umberto Eco empfahl daher: „Um tolerant zu sein, muss man die Grenzen dessen festlegen, was nicht mehr tolerierbar ist.“

Zudem kann die Konfrontation mit extrem Rechten und deren Positionen für Betroffene von rechter Gewalt und Diskriminierung unzumutbar sein. Teilhabemöglichkeiten werden dadurch eingeschränkt. Der Ausschluss von extrem Rechten ist daher Ausdruck eines menschenrechtsorientierten und demokratischen Selbstverständnisses.

Durchführung einer Veranstaltung

Auch während der Veranstaltung habt ihr Möglichkeiten, Störungen entgegenzuwirken:

- » Besetzt den Eingangsbereich rechtzeitig vor Veranstaltungsbeginn mit genügend Personen, um die Einhaltung der Antidiskriminierungsklausel zu gewährleisten.
- » Die Moderation gibt der Veranstaltung zu Beginn einen Rahmen, erläutert das Thema, das Ziel und sorgt für Transparenz bei Diskussionsregeln und Ausschlusskriterien.
- » Die Moderation sorgt für die Einhaltung der Diskussionsregeln.
- » Ein*e Helfer*in kümmert sich um das Saalmikrofon. Das Saalmikrofon wird bei Wortbeiträgen nicht aus der Hand gegeben. So kann die Person bei langen Monologen oder diskriminierenden Äußerungen reagieren.
- » Bietet menschenfeindlichen Positionen keine Plattform. Lasst diskriminierende Äußerungen nicht unkommentiert stehen. Bietet hier keine Diskussion an – eure Haltung ist nicht verhandelbar!
- » Bei erheblichen Störungen, die den Fortgang der Veranstaltung gefährden, kann vom Hausrecht Gebrauch gemacht werden. Verlässt die Person nicht den Raum, ruft die Polizei. Kritische Bemerkungen allein stellen noch keine erhebliche Störung dar – wohl aber, wenn sich Äußerungen in den strafrechtlich relevanten Bereich begeben oder gar mit Gegenständen geworfen wird. Auch beleidigende Inhalte müsst ihr nicht hinnehmen.

Nach der Veranstaltung

Nach Veranstaltungsende kann es sinnvoll sein, Personen, die im Fokus von extrem Rechten stehen, nach Hause oder bis zu einem sicheren Punkt zu begleiten. Falls es im Zusammenhang mit der Veranstaltung zu Vorfällen oder Übergriffen kommt, signalisiert den Betroffenen eure Unterstützung. Ihr könnt auf Beratungsangebote wie die Opferberatungsstelle LEUCHTLINIE im Demokratiezentrum Baden-Württemberg (<https://www.leuchtlinie.de>) verweisen.

Im Onlinebereich

Wie Präsenzveranstaltungen können auch online durchgeführte Veranstaltungen Ziel von Störungen sein. Eine Variante ist das sogenannte Zoom-Bombing, benannt nach dem Videokonferenz-Programm „Zoom“. Dabei werden Veranstaltungen gestört, indem Teilnehmer*innen obszöne, gewaltverherrlichende oder andere extreme Inhalte auf dem Bildschirm teilen, dazwischenrufen oder den Chat zumüllen. Diese Störaktionen können aus der destruktiven Lust an Provokation („Trollen“) erfolgen. Sie können aber auch aus denselben Motiven wie bei der Wortergreifungsstrategie heraus erfolgen.

Viele Tipps für die Vorbereitung von Präsenzveranstaltung sind ebenso im digitalen Bereich anwendbar. Eine gute Vorbereitung bei der Veranstaltungsplanung ist auch hier die halbe Miete.

Tipps für die Durchführung von Onlineveranstaltungen:

- » Macht euch im Vorfeld mit der Software vertraut. Prüft die technischen Optionen, die das Mitwirken von Teilnehmenden ermöglichen oder einschränken. Nehmt die entsprechenden Einstellungen bei eurem Programm vor. Testet diese vorab in kleiner Runde aus.
- » Es ist gut, neben den Referent*innen eine oder mehrere Moderator*innen zu haben, die während der Veranstaltung den Chat und die Aktivitäten der Teilnehmenden im Auge behalten.
- » Arbeitet mit Anmeldeverfahren für die Veranstaltung und teilt die Zugangsdaten für die Veranstaltung nicht öffentlich, sondern sendet sie den angemeldeten Teilnehmenden per E-Mail zu.
- » Nutzt – falls im Programm vorhanden – die Warteraumfunktion.
- » Im digitalen Bereich kann ebenfalls mit einer Antidiskriminierungsklausel gearbeitet werden.

Als Ansprechpartnerin steht z. B. die Fachstelle mobirex im Demokratiezentrum Baden-Württemberg zur Verfügung.

Zum Weiterlesen:

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, 2010: Wir lassen uns das Wort nicht nehmen. Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen. Berlin, online unter <https://mbr-berlin.de/publikationen/wir-lassen-uns-das-wort-nicht-nehmen-empfehlungen-zum-umgang-mit-rechtsextremen-besucher-innen-bei-veranstaltungen-2010/>.

Landeshauptstadt München, 2014: Veranstaltungsstörungen durch die extreme Rechte... und was dagegen hilft. Ein Wegweiser der Landeshauptstadt München für Veranstalterinnen und Veranstalter. München, online unter https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:b807d5d3-213a-4d8d-b2d3-1ce2e0eba5d2/Broschuere_Veranstaltungsstoerungen_web.pdf.

Umgang mit rechten Nutzungsversuchen

Anmietung, Förderung, etc.

Die eigenen Werte kennen und Ausschlusskriterien formulieren

Statt eines offensichtlichen Angriffs auf eure Arbeit oder Werte kann es Jugendverbänden auch passieren, dass sich (extrem) rechte Akteur*innen mit eurem Verband profilieren möchten. Besonders bei Verbänden, die eher „traditionellen“ Aktivitäten nachgehen, wie singen, wandern, pfadfinden, Natur- oder Bevölkerungsschutz, können sie sich inhaltliche Anknüpfungspunkte suchen. So gibt es rechte Gruppierungen mit inhaltlicher Nähe zu Umweltschutzthemen oder zur Brauchtumspflege, aber auch Forderungen nach (insb. direkter) Demokratie und Demokratieerweiterung sind für manche rechten Gruppierungen anschlussfähig.

Durch die (scheinbare) Unterstützung der Vereinsaktivitäten versuchen sie, sich zu legitimieren oder durch die Nutzung von Einrichtungen oder Organisationssymbolen eine Legitimierung durch die betroffenen Verbände zu suggerieren. Bei inhaltlichen Annäherungsversuchen durch rechte Akteur*innen solltet ihr zunächst versuchen euch bewusst zu machen, welche Inhalte, Aktivitäten und Werte des eigenen Verbands für Annäherungen attraktiv erscheinen können.

Es ist nicht das Ziel, die eigenen Themen deshalb in Frage zu stellen oder sich streitig machen zu lassen. Die aktive Auseinandersetzung damit, warum eigene Themen für rechte Gruppierungen attraktiv sind, soll vielmehr zur Schärfung des eigenen Werteprofiles führen. Arbeitet klar heraus, wo die Unterschiede zwischen euch und solchen rechten Akteur*innen liegen.

Als grundsätzliche oder präventive Maßnahme sind klare Beschreibungen und rote Linien in Papieren wie Satzungen und Leitbildern hilfreich. In konkreten Situationen, in denen rechte Akteur*innen inhaltliche Nähe oder Übereinstimmung behaupten oder sich mit dem eigenen Verband solidarisieren wollen, kann zur Klarstellung in der Öffentlichkeitsarbeit, aber auch direkt an die Akteur*innen adressiert, auf diese Papiere und Standpunkte verwiesen werden.

Seid vorbereitet, sucht Verbündete, nutzt Netzwerke

Wenn rechte Parteien oder sonstige politische Akteur*innen sich durch Unterstützung der Arbeit von Jugendverbänden legitimieren wollen, ist eine klare Abgrenzung notwendig. Gleichzeitig kann das schwierig sein, wenn ihr euch damit (scheinbar) gegen eure politischen oder auch finanziellen Interessen positionieren müsst.

Besonders bei (kommunal-)politischen Initiativen rechter Akteur*innen empfiehlt es sich, auf die demokratischen politischen Akteur*innen im entsprechenden Gremium zuzugehen und diesen die Situation transparent darzustellen. Ziel soll sein, dass euer Verband nicht in die Situation kommt, von der Unterstützung rechter politischer Akteure zu profitieren. Beispiele wären Mittel zur Sanierung eines Vereinsgebäudes oder zur Anschaffung von Material. Hier sind die Politiker*innen gefragt, für entsprechende Gegenvorschläge oder demokratische Mehrheiten zu sorgen.

Wenn euer Verband von einem erfolgreichen politischen Vorstoß rechter Parteien oder Akteur*innen profitiert, solltet ihr öffentlich klarstellen, dass dies noch keine Nähe des Verbands zu diesen bedeutet. Auch hier seid ihr im Vorteil, wenn ihr auf entstprechende Beschlüsse oder Papiere verweisen könnt.

Ebenfalls ist es möglich, dass rechte Gruppierungen Räume, Einrichtungen oder ähnliches bei Verbänden anmieten, ihre Veranstaltung oder Nutzung dort öffentlichkeitswirksam darstellen und damit Legitimation und eine Nähe zur Arbeit des Verbands herstellen wollen.

Auch hier ist Prävention das beste Mittel! Eure Nutzungs- und Mietverträgen sollten Klauseln enthalten, die die Nutzung durch rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppierungen ausschließen und die dem eigenen Verband eine Kündigung ermöglichen.

Rechte Gruppierungen umgehen dies mitunter, indem sie Räume und Einrichtungen als Privatpersonen oder unter unbekannten Organisationsbezeichnungen anmieten. In Postings auf Social Media oder in auch Pressemitteilungen versuchen sie dann, eine Nähe zum betroffenen Verband herzustellen. Reagiert, sobald es euch bekannt wird. Seid unmissverständlich in der Kommunikation. Stellt öffentlich klar, dass es sich nicht um eine legitime Nutzung eures Hauses oder gar eine Zusammenarbeit gehandelt hat. Verweist deutlich auf die eigenen Werte, vorhandene Beschlüsse und Papiere gegen rechte Positionen sowie auf bestehende Klauseln in Mietverträgen.

Idealerweise habt ihr hierfür bereits Textbausteine vorbereitet und abgestimmt, sodass ihr gut vorbereitet seid.

Sicher gegen Rechts in der pädagogischen Arbeit

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beschreibt die Ablehnung von Personen auf Grundlage einer gesellschaftlichen Gruppenzugehörigkeit. Die Ablehnung beruht in diesem Fall nicht auf einer individuellen Ablehnung der Person, sondern auf zugeschriebenen Eigenschaften der gesellschaftlichen Gruppe. Durch die zugrundeliegende Ideologie der Ungleichwertigkeit wird die eigene Gruppe aufgewertet, indem eine andere gesellschaftliche Gruppe als weniger Wert wahrgenommen wird. Gruppen können aufgrund unterschiedlicher Eigenschaften solchen Feindlichkeiten ausgesetzt sein. Beispiele für GMF sind Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ablehnung homosexueller und transsexueller Menschen, Menschen mit Behinderung und wohnungsloser Menschen. Eine Person, die eine dieser Gruppen ablehnt, lehnt mit erhöhter Wahrscheinlichkeit auch andere Gruppen ab, da diese die grundsätzliche Gleichheit der Menschen nicht anerkennt.

Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKOs)

Die Ablehnung von Gruppierungen, Weltanschauungen, Religionen, Lebensstilen und -praxen, aufgrund pauschalisierender Zuschreibung negativer Eigenschaften oder Verhaltensweisen bezeichnet man als pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKOs). Die Betroffenen der Ablehnung werden durch die Zuschreibungen erst zu einer vermeintlich homogenen Gruppe, weshalb es sich um eine Konstruktion handelt. Diese Konstruktionen werden durch soziale Interaktion und gesellschaftliche Diskurse hergestellt und verbreitet, aber auch aktualisiert und den neuen gesellschaftlichen Bedingungen angepasst.

PAKOs werden anhand von sechs Themenfeldern unterschieden, welche die Ablehnung verschiedener Gruppen zusammenfassen. Dies sind:

- herkunfts- und migrationsbezogene Ablehnungshaltungen
- antimuslimische Haltungen
- antisemitische Haltungen
- Ablehnungshaltungen im Kontext der hegemonialen Geschlechterordnung wie Sexismus und Abwertung von LSBTTIQ*-Menschen

- Ablehnungshaltung gegenüber Menschen, die gesellschaftlichen Leistungs- und Erfolgserwartungen nicht gerecht werden (können), sog. „underperforming“
- stilbezogene und territorialisierende Ablehnungshaltungen.

Die Ablehnung in diesen Bereichen kann zudem noch nach ihrer Intensität unterschieden werden, so können sie von Vorbehalten über verbale Anfeindung bis Hass und Gewalt verschiedene Intensitäten annehmen.

Die Konzepte der GMF und der PAKOs beschreiben dasselbe Phänomen, haben aber zentrale Unterschiede. So hebt das Konzept der PAKOs hervor, dass gesellschaftliche Gruppen nicht objektiv bestehen, sondern sozial konstruiert werden, zudem berücksichtigt dieses Konzept verschiedene Intensitäten von Ablehnung.

Auf problematische Äußerungen angemessen reagieren

Unterscheidung zwischen „dummen G’schwätz“ und verfestigten PAKOs

Bei abwertenden Äußerungen handelt es sich nicht immer um GMF oder PAKOs. So ist Mobbing eines Kindes mit wenig Geld, weil dieses nicht mit ins Schullandheim kann, schlimm, aber nicht pauschalisierend, da es auf die individuelle Situation der Person bezogen ist. Anders ist es mit Aussagen wie „Alle armen Menschen sind faul“. Solche Aussagen sind pauschalisierend und gruppenbezogen.

Ebenso handelt es sich nicht bei allen pauschalisierenden Aussagen um verfestigte PAKOs. Aussagen wie „Alle Gymnasiast*innen sind besserwissende Streber*innen“ sind zwar pauschalisierend, die Person wird daraus aber keine Nachteile z. B. bei der Wohnungssuche haben, da es sich dabei nicht um gesellschaftlich verfestigte Ablehnungshaltungen handelt.

Das richtige Wort zur richtigen Zeit

Wird man im Verband oder Alltag mit solchen Aussagen konfrontiert, stellt sich die Frage nach dem Umgang damit. Eine einfache, immer anwendbare Reaktion darauf gibt es leider nicht. Jedoch kann man sich ein paar Fragen stellen, um zu entscheiden, wie man in dieser Situation reagiert:

- » Sind Personen dabei, welche von der Aussage persönlich betroffen sind, versetze dich in ihre Situation und zeige ihnen, dass du sie unterstützt.
- » Ist es im Interesse der angefeindeten Person oder Gruppe, jetzt zu intervenieren um Unterstützung zu zeigen?

- » In welcher Situation bin ich? Kenne ich die Person, von der die Aussage kommt und treffe ich sie wieder?
- » Ist die andere Person an einem Gespräch interessiert oder will sie evtl. nur provozieren?
- » Fühle ich mich gerade bereit für das Gespräch und habe ich Zeit?

Kennt man die Person besser, ist die Chance, einen Umdenkprozess anzustoßen größer. Wichtig ist es in diesem Gespräch die Person ernst zu nehmen, gut zuzuhören und nachzuhaken, wie sie diese Aussage meint. Gleichzeitig ist aber auch deutlich und respektvoll die eigene Position zu erklären.

Reagieren muss aber nicht immer ein ausführliches Gespräch sein. Manchmal, gerade wenn man die Person nicht gut kennt oder wenig Zeit hat, reicht es deutlich zu machen, dass man anderer Meinung ist und menschenverachtende Aussagen nicht unterstützt. Bedenke, wenn du ein Gespräch anfängst, dass du dieses auch immer begründet abbrechen kannst, zum Beispiel weil du dich gerade nicht bereit dazu fühlst oder dich von der Person nicht ernstgenommen fühlst.

Zum Weiterlesen:

Amadeu Antonio Stiftung, 2006: Reflektieren. Erkennen. Verändern. Was tun gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit? Berlin, S. 6 ff.

Küpper, Beate und Zick, Andreas, 2015: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Online unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit>.

Möller, Kurt, et al., 2021: Erfahrungsräume öffnen – Demokratie gestalten. Die KISSEs-Strategie in der Praxis, Reutlingen: Sauter, S. 6 ff.

Möller, Kurt, 2020: Pauschalablehnung – Verständnisse, Erscheinungsweisen, Begünstigungsfaktoren und Gegenstrategien. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Möller, Kurt, et al., 2017: Mit Rückgrat gegen PAKOs! Eine Step by Step-Anleitung für die Jugendarbeit zur Gestaltung und Selbstevaluation von Angeboten gegen Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen. Hamburg, S. 10 ff.

Steffan, Philipp, 2020: Sag was. Radikal höflich gegen Rechtspopulismus argumentieren. Berlin: Oetinger Taschenbuch.

Pädagogischer Umgang mit Jugendlichen, die sich abwertend äußern

Spätestens wenn Jugendliche sich in euren Angeboten rechtsaffin oder abwertend äußern oder rechte Codes benutzen, z. B. auf T-Shirts, steht ihr als Gruppenleiter*innen in der Verantwortung, euch dazu zu verhalten. „Laufen lassen“ ist dabei genauso wenig eine Alternative, wie der kategorische Ausschluss der Jugendlichen. Es gehört zur Selbstfindung im Jugendalter dazu, sich auszuprobieren, zu provozieren und eine eigene (politische) Position zu entwickeln. Jugendliche in diesem Prozess zu begleiten und gegebenenfalls zu schützen, gehört zum Selbstverständnis der Jugendarbeit dazu. Es muss also ein angemessener Umgang mit den Jugendlichen gefunden werden.

Beziehung ist wichtig

Abwertende, menschenfeindliche Einstellungen gehen immer auch mit komplexen Gedanken- und Emotionen-Konstrukten einher. Rationale Argumente sind daher in ihrer Wirksamkeit begrenzt. Umso wichtiger ist eine tragfähige Beziehung zum*zur jeweiligen Jugendlichen, um ihn oder sie zu erreichen und Alternativen zu diesen Konstrukten anzubieten. Wichtig ist hier eine pädagogische Grundhaltung, die das Gegenüber ernst nimmt, ohne mit der Gesinnung einverstanden zu sein.

Gleichzeitig steht neben diesen Bemühungen die Verantwortung für andere Gruppenmitglieder und die Gesamtgruppe. Diese können unter Umständen im weiteren Prozess eingebunden werden und dürfen nicht aus dem Blick geraten, wenn es darum geht, rechtem Gedankengut zu begegnen und potenzielle Opfer zu schützen. Daher ist es auch legitim und manchmal pädagogisch geboten, Verweise oder Verbote auszusprechen. Dies bedarf einer guten Abwägung.

Seid ihr als Gruppenleiter*innen mit einer konkreten Situation konfrontiert, ist es zunächst gut, euch bewusst zu machen, dass ihr nicht allein verantwortlich seid. Problematische Äußerungen oder Vorkommnisse sollten im Team besprochen und das weitere Vorgehen abgestimmt werden. Reflektiert zunächst individuell und dann als Team die eigenen Haltung und gemeinsame Werte. Im Austausch darüber entsteht ein gefestigter Standpunkt, von dem aus das weitere Handeln leichter fällt.

Ist ein gemeinsamer Standpunkt gefunden, könnt ihr im nächsten Schritt die vorhandenen Strukturen im eigenen Verband überprüfen und gezielt einsetzen: z. B. kann in einer allgemeinen Hausordnung oder in individuellen

Gruppenordnungen festgehalten werden, auf welchen Werten der Umgang miteinander und mit anderen basiert. Das gibt Handlungssicherheit und bestimmt klar die Grenzen des Sagbaren.

Darüber hinaus hat jeder Verband für sich bereits Werte bestimmt, die ihn definieren und die den Jugendlichen Identifikationsmöglichkeiten anbieten. Diese sollen sich ebenfalls – neben den allgemeinen Grundwerten der Jugendarbeit, wie Demokratie und Menschenwürde – in der jeweiligen Ordnung wiederfinden. Schließlich kann mit der jeweiligen Jugendgruppe gezielt an einem positiven, wertschätzenden Miteinander gearbeitet werden, beispielsweise durch kooperative Übungen und Spiele ohne Sieger.

Darüber hinaus wirken gelebte und erlebbare Beteiligungsstrukturen innerhalb des Verbands autoritärem Denken entgegen und ermöglichen Selbstwirksamkeitserfahrungen, die vor Machtfantasien schützen.

Problemlage richtig einschätzen

Fällt ein*e Jugendliche*r wiederholt durch rechtsaffine oder abwertende Äußerungen auf, solltet ihr im Team ein individuelles Vorgehen besprechen. Dabei hilft zunächst die präzise Wahrnehmung und Deutung des Ausmaßes, in dem der*die Jugendliche in rechte Gedankenwelten verstrickt ist.

Die Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) hat dazu ein Modell entwickelt. Zunächst wird anhand der unterschiedlichen Erfahrungen des Teams mit dem*der Jugendlichen eingeschätzt:

- » wie stark der*die Jugendliche in rechtsextreme Zusammenhänge eingebunden ist und
- » wie ausgeprägt das rechtsextreme Weltbild der*des Jugendlichen bereits ist.

Die MBR hat dazu vier Kategorien entwickelt, die für das weitere Vorgehen nützlich sind:

1. Sympathisant*innen
2. Mitläufer*innen
3. Aktivist*innen
4. Kader.

Sympathisant*innen und Mitläufer*innen sind sich typischerweise der Problematik ihrer Äußerungen nicht bewusst und schätzen diese als normale Einstellungen innerhalb des politischen Spektrums ein. Oft begreifen

sie ihre Orientierung nicht als politisch und berufen sich auf die freie Meinungsäußerung.

Aktivist*innen und Kader hingegen sind sich der Radikalität ihrer Aussagen bewusst und nutzen diese gezielt. Häufig sind die rhetorisch fit und nutzen Diskussionen gezielt, um ihre Meinung als mehrheitsfähig zu präsentieren (*Wortergreifungsstrategie*). Damit bieten sie keinen Handlungsspielraum für pädagogische Interventionen im Rahmen der eurer Jugendarbeit. Hier ist es legitim und oft auch geboten, dass ihr euch der Grenzen eurer Möglichkeiten bewusst werdet und diese Jugendlichen von Angeboten ausschließt.

Für den Umgang mit Sympathisant*innen und Mitläufer*innen empfiehlt es sich, sich weitergehend zu informieren und als Team eine externe Beratung, z. B. durch ein mobiles Beratungsteam, hinzuzuziehen.

Zum Weiterlesen:

Fachaustausch-Redaktion „Grenzenlos gestärkt im Alltag“, 2021: (K)Ein Auge zudrücken!? – Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen in Jugendfreizeiteinrichtungen und Schulsozialarbeit. Berlin, online unter: <https://www.vielfalt-mediathek.de/material/rechtsextremismus/kein-auge-zudruecken-umgang-mit-rechtsaffinen-jugendlichen-in-jugendfreizeiteinrichtungen-und-schulsozialarbeit>.

Bundeszentrale für politische Bildung, 2017: Zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Jugendeinrichtungen. Berlin, online unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/256707/zum-umgang-mit-rechtsextrem-orientierten-jugendlichen-in-jugendeinrichtungen/>.

*Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Berlin, 2016: Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremis-
musprävention und -intervention bei Jugendlichen. Berlin.*

Umgang mit Diskriminierungserfahrungen

Immer wieder kommen wir in der Jugendarbeit mit jungen Menschen über ihren Alltag ins Gespräch. Für viele Jugendliche ist Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft, Religion, ethnischer Zuschreibung, etc. eine Alltagserfahrung. Diese findet auf verschiedenen Ebenen statt, ist oft subtil, stellt aber einen ernst zu nehmenden Teil der Lebenswelt Betroffener dar.

Diskriminierende Einstellungen und Vorurteile prägen den Alltag vor allem in Form von Machtstrukturen: Offene Beleidigungen und stereotype Darstellungen in Medien, wiederholte Ablehnungen bei der Wohnungssuche oder in Bewerbungsverfahren aufgrund der zugeschriebenen Herkunft, geringeren Zugangschancen im Bildungswesen bis hin zu Polizeikontrollen allein aufgrund der äußeren Erscheinung. Für Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft ist es meist nur schwer bis überhaupt nicht möglich, Diskriminierungserfahrungen nachzuvollziehen. Ein Bewusstsein dafür zu entwickeln und die eigene Verstrickung in diese Machtstrukturen und tradierten Narrative zu reflektieren, sind erste wichtige Schritte.

Jugendliche als ganze Person wahrzunehmen bedeutet, ihre Diskriminierungserfahrungen anzuerkennen – gerade auch, wenn andere Teilnehmende oder Gruppenmitglieder sich diskriminierend verhalten. Hier seid ihr als Teamer*innen, Gruppenleiter*innen und Pädagog*innen in besonderem Maße gefragt. Steht den betroffenen Jugendlichen zur Seite. Dafür hat sich ein Dreischritt bewährt: Wahrnehmen – Reflektieren – Begleiten.

1. Diskriminierungserfahrungen wahrnehmen

Diskriminierungserfahrungen sind oft subtil und können auch von den Betroffenen häufig nicht direkt eingeordnet werden – oder sie werden als solche erkannt, sind im Erleben der Betroffenen aber so häufig, dass sie nicht mehr zur Sprache gebracht werden.

Junge Menschen brauchen daher Freiräume, in denen sie ihre Erfahrungen ungestört formulieren können. Diese könnt ihr aktiv schaffen oder sie ergeben sich im Alltag, z. B. wegen beiläufiger Bemerkungen oder ironischer Kommentare. Hier solltet ihr den nötigen Freiraum zu schaffen, z. B. durch Änderungen im geplanten Ablauf oder Verschiebung von Prioritäten.

Gebt Betroffenen den Raum, von ihren subjektiven Erfahrungen zu berichten, ohne Unterbrechung, Kommentierung oder Belehrung. Ziel ist es, dem*der Betroffenen zu zeigen, dass er*sie wahrgenommen und ernst genommen wird.

2. Reflektieren

Da über Diskriminierungserfahrungen nur selten offen gesprochen wird, ist ein Reagieren „aus dem Bauch heraus“ kaum möglich. Es bedarf der aktiven Reflexion der eigenen Bilder und (unbewussten) Vorurteile, Interpretationen des Gesagten und der Machtstrukturen innerhalb der Gruppe, um angemessen weiterarbeiten zu können. Auch die Bewusstwerdung des eigenen Auftrags in dieser Situation findet hier statt.

Fragen dazu können sein:

- » Warum berichtet der*die Jugendliche (jetzt) über diese Erfahrungen?
- » Wie nimmt mich der*die Jugendliche wahr in Bezug auf Hautfarbe, kulturelle Herkunft, etc. – als Ally¹, Mitglied der Mehrheitsgesellschaft, ...?
- » Welche allgemeinen/gesellschaftlichen Problemstellungen, z. B. die „Kopftuchdebatte“, spielen in der beschriebenen Situation mit rein?
- » Welche Aufgabe wird mir vom*von der Jugendlichen, der Gruppe, dem Träger zugeschrieben?

3. Begleiten

Im letzten Schritt wird mit dem*der Jugendlichen gemeinsam überlegt, ob und wie er*sie aktiv werden möchte. Dies können individuelle Handlungsoptionen sein oder gemeinschaftliche, bei denen die Gruppe eingebunden wird.

Umgang mit Rassismusvorwürfen

Wenn Jugendliche Leiter*innen direkt Rassismus (oder andere Formen der Diskriminierung) vorwerfen, ist die Reaktion oft emotional und von Empörung geprägt. Rassismus wird oft als bewusste Haltung verstanden, von der es sich zu distanzieren gilt. Ein Blick auf Rassismus als Form gesellschaftlicher Machtstrukturen, in die jede und jeder verstrickt ist, nimmt Emotionalität aus der Debatte und öffnet neue Handlungsoptionen.

Der Vorwurf kann als Chance genutzt werden, mit Jugendlichen über rassistische Diskriminierungserfahrungen, ihre Wahrnehmung der Einrichtung und der eigenen Handlungen ins Gespräch zu kommen und dabei die eigene Rolle als Leiter*in zu reflektieren.

Jugendliche machen dabei die Erfahrung, ernstgenommen zu werden. Es lohnt sich also, nach den Gründen für den Vorwurf zu fragen und dem Gespräch

¹ Ally – Unterstützer*in von marginalisierten, diskriminierten oder unterdrückten Menschen

Raum einzuräumen. Der Vorwurf verliert damit an Macht und eröffnet neue Möglichkeiten zum Umgang in der Gruppe. Für Jugendliche, die den Vorwurf lediglich als Provokation nutzen, verliert er damit gleichzeitig an Attraktivität.

Zum Weiterlesen:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e. V., 2018: Erfahrungen mit Rassismus im pädagogischen Alltag. Eine Einführung zum Thema Rassismus für Fachkräfte in der Jugendhilfe und Schule. Erschienen in der Reihe „Thema Jugend kompakt“. Münster, online unter: <https://www.thema-jugend.de/publikationen/thema-jugend-kompakt>.

Glaser, Enrico und Lehnert, Esther, 2019: Diskriminieren Mädchen und Jungs* anders? Pädagogischer Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Berlin, online unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/diskriminieren-maedchen-und-jungen-anders-paedagogischer-umgang-mit-gruppenbezogener-menschenfeindlichkeit/>.*

Madubuko, Nkechi, 2021: Praxishandbuch Empowerment. Rassismuserfahrungen von Kindern und Jugendlichen begegnen. Weinheim und Basel.



Weiterarbeit

Wo finde ich Unterstützung?

Für Fragen und Anliegen der Jugendverbände und -ringe zum Thema Arbeit gegen Rechts könnt ihr euch an den Landesjugendring wenden:

- Tel.: 0711 / 16447 0
- info@ljbw.de
- www.ljbw.de

A) Bildung und Information

Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg

Die Akademie der Jugendarbeit bietet Seminare und Fortbildungen unter anderem zu Vielfalt und Antidiskriminierung für Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit an.

- Tel.: 0711 / 896915 50
- info@jugendakademie-bw.de
- www.jugendakademie-bw.de

mobirex – Monitoring | Beratung | Information

bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendbildung (LAGO) BW

mobirex bietet Haupt- und Ehrenamtlichen Informationen zu den Themenfeldern extreme Rechte, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus in Baden-Württemberg. Mobirex hilft bei der Einordnung dieser Erscheinungsformen und unterstützt mit Informationsmaterialien oder Vorträgen. Die Fachstelle ist Teil des Demokratiezentrums Baden-Württemberg.

- Tel.: 0711 / 896915 23
- mobirex@lago-bw.de
- www.mobirex.de

Fachstelle ExtremismUSDistanzierung (FEX)

bei der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork BW

FEX ist fester Bestandteil des DemokratieZentrums Baden-Württemberg und entwickelt präventive Ansätze im Feld des politischen und religiös motivierten Extremismus. Diese zielen auf die Stärkung der Handlungsfähigkeit im Umgang mit sich radikalisierenden jungen Menschen und richten sich an (sozial) pädagogische Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige aus der Verbandslandschaft.

– Tel.: 0800 / 2016 112

– info@fexbw.de

– www.fexbw.de

Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) Baden-Württemberg

bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO) BW

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) leistet mithilfe von gut ausgebildeten Ehrenamtlichen wertvolle Präventionsarbeit an Schulen und in Jugendgruppen im außerschulischen Bereich. In den Projekttagen erhalten Jugendliche und junge Erwachsene Informationen zu Themen wie Diskriminierung, Rassismus und Klassismus. Dabei geht es auch immer um Möglichkeiten für zivilcouragiertes Handeln.

– Tel.: 0711 / 896915 24

– ndc@lago-bw.de

– www.lago-bw.de/netzwerk-fuer-demokratie-und-courage.html

Team meX

der Landeszentrale für politische Bildung (Lpb)

Das Team meX bietet Projekttage für Jugendliche Im Bereich der Prävention von Rechtsextremismus, Islamismus und Verschwörungstheorien an. Für Erwachsene werden Fortbildungen und Fachvorträge zu diesen Themen angeboten. Die Arbeit richtet sich an Multiplikator*innen der schulischen und außerschulischen Jugend- und Bildungsarbeit, an Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung und alle weiteren Interessierten.

– Tel.: 0711 / 164099 86

– hannah.schulz@lpb.bwl.de

– www.team-mex.de

B) Beratungsangebote

Anlauf- und Vernetzungsstelle gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendbildung (LAGO) BW

Die Anlauf- und Vernetzungsstelle bei der LAGO berät und vernetzt Vereine, Verbände und Organisationen, die sich in ihrem lokalen Umfeld gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus einsetzen möchten. Ziel ist das Schaffen eines lokalen Netzwerks, welches sich handlungsstark und stabil gegen abwertende und menschenfeindliche Haltungen einsetzen kann.

- Tel.: 0711 / 896915 19
- j.link@lago-bw.de
- <https://lago-bw.de/vernetzungsstelle-gegen-rechtsextremismus.html>

LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffene von rechter Gewalt

bei der Türkischen Gemeinde in BW

Die Fachstelle LEUCHTLINIE steht bei Übergriffen (in Form einer Gewalttat, Bedrohung, Beleidigung und/oder Verleumdung, Pöbelei oder wirtschaftlichen Schädigung) beratend zur Seite. Auch Zeug*innen solcher Taten kann die LEUCHTLINIE weiterhelfen. Die Fachstelle ist Teil des Demokratiezentrum BW.

- Tel.: 0711 / 888 999 33
- kontakt@leuchtlinie.de
- <http://www.leuchtlinie.de/>

OFEK BaWü – Community-basierte Interventionen bei Antisemitismus

Mit zwei Beratungsstandorten in Stuttgart und Freiburg bietet OFEK BaWü zielgerichtete Unterstützung bei Antisemitismus vor Ort. Die Beratung richtet sich unter anderem an Einzelpersonen, Vereine oder Schulen.

- Tel.: 0711 / 228 3629
- bw@ofek-beratung.de
- <https://ofek-beratung.de/bawue>

Projekt „Starke Demokratie: Starkes Miteinander. Für eine resiliente Demokratie im ländlichen Raum“

bei den Naturfreunden Württemberg

Seit Januar 2025 wird im Stärkenberatungs-Büro das neue Projekt „Starke Demokratie: Starkes Miteinander“ umgesetzt, welches sich besonders auf die Stärkung von ländlichen Räumen in Baden-Württemberg konzentriert. Das ehrenamtliche Stärkenberatungsteam steht weiterhin für Konfliktlösungen und Engagement gegen menschenverachtende Einstellungen bereit.

- Tel.: 0711 / 42070 388
- staerkenberatung@naturfreunde-wuerttemberg.de
- <https://www.naturfreunde-wuerttemberg.de/starke-demokratie-starkes-miteinander>

ZEBRA BW – Zentrale Beratungsstelle für Weltanschauungsfragen

ZEBRA BW bietet Beratung im Umgang mit Verschwörungserzählungen, Sekten und weiteren Weltanschauungsgemeinschaften, wenn diese Grundrechte einschränken oder Kinder- und Menschenrechte verletzen. ZEBRA BW kann für Vorträge zu diesen Themen angefragt werden.

- Tel.: 0761 / 4889 8296
- info@zebra-bw.com
- <https://zebra-bw.com/>

Zusammenhalt im Sport in Baden-Württemberg

beim Landessportverband Baden-Württemberg e. V.

Sportvereine und -verbände, die sich für Toleranz, Vielfalt und Demokratie einsetzen, erhalten vom Projekt „Zusammenhalt im Sport“ Unterstützung. Das Projekt berät hinsichtlich einer partizipativen Gestaltung der Vereinskultur, bietet Workshops zur Sensibilisierung und für Handlungsmöglichkeiten gegen menschenfeindliche Einstellungen. Ein Demokratieführstück bietet die Möglichkeit zu einem niedrigschwelligen Austausch.

- Tel.: 0711 / 28077 166
- johanna.latreche@wlsb.de
- <https://www.lsvbw.de/sportwelten/integration-und-teilhabe/zis/>

Weiterlesen

Themenfeld Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen:

Amadeu Antonio Stiftung, 2006: *Reflektieren. Erkennen. Verändern. Was tun gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit?* Berlin, S. 6 ff.

Küppner, Beate und Zick, Andreas, 2015: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Online unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit>.

Möller, Kurt, et al., 2021: *Erfahrungsräume öffnen – Demokratie gestalten. Die KISSeS-Strategie in der Praxis*, Reutlingen: Sauter, S. 6 ff.

Möller, Kurt, 2020: *Pauschalablehnung – Verständnisse, Erscheinungsweisen, Begünstigungsfaktoren und Gegenstrategien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Themenfeld problematischen Äußerungen begegnen:

Möller, Kurt, et al., 2017: *Mit Rückgrat gegen PAKOs! Eine Step by Step-Anleitung für die Jugendarbeit zur Gestaltung und Selbstevaluation von Angeboten gegen Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen*. Hamburg, S. 10 ff.

Steffan, Philipp, 2020: *Sag was. Radikal höflich gegen Rechtspopulismus argumentieren*. Berlin: Oetinger Taschenbuch.

Themenfeld Umgang mit Störungen:

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, 2010: *Wir lassen uns das Wort nicht nehmen. Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen*. Berlin, online unter <https://mbr-berlin.de/publikationen/wir-lassen-uns-das-wort-nicht-nehmen-empfehlungen-zum-umgang-mit-rechtsextremen-besucher-innen-bei-veranstaltungen-2010/>.

Landeshauptstadt München, 2014: *Veranstaltungsstörungen durch die extreme Rechte... und was dagegen hilft. Ein Wegweiser der Landeshauptstadt München für Veranstalterinnen und Veranstalter*. München, online unter https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:b807d5d3-213a-4d8d-b2d3-1ce2e0eba5d2/Broschuere_Veranstaltungsstoerungen_web.pdf.

Themenfeld Umgang mit Diskriminierungserfahrungen:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e. V., 2018: *Erfahrungen mit Rassismus im pädagogischen Alltag. Eine Einführung zum Thema Rassismus für Fachkräfte in der Jugendhilfe und Schule*. Erschienen in der Reihe „Thema Jugend kompakt“. Münster, online unter:

<https://www.thema-jugend.de/publikationen/thema-jugend-kompakt>.

Glaser, Enrico und Lehnert, Esther, 2019: *Diskriminieren Mädchen* und Jungs* anders? Pädagogischer Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Berlin, online unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/diskriminieren-maedchen-und-jungen-anders-paedagogischer-umgang-mit-gruppenbezogener-menschenfeindlichkeit/>.

Madubuko, Nkechi, 2021: *Praxishandbuch Empowerment. Rassismuserfahrungen von Kindern und Jugendlichen begegnen*. Weinheim und Basel.

Themenfeld Umgang mit abwertenden Jugendlichen:

Fachaustausch-Redaktion „Grenzenlos gestärkt im Alltag“, 2021: *(K)Ein Auge zudrücken!? – Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen in Jugendfreizeiteinrichtungen und Schulsozialarbeit*. Berlin, online unter: <https://www.vielfalt-mediathek.de/material/rechtsextremismus/kein-auge-zudruecken-umgang-mit-rechtsaffinen-jugendlichen-in-jugendfreizeiteinrichtungen-und-schulsozialarbeit>.

Bundeszentrale für politische Bildung, 2017: *Zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Jugendeinrichtungen*. Berlin, online unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/256707/zum-umgang-mit-rechtsextrem-orientierten-jugendlichen-in-jugendeinrichtungen/>.

Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Berlin, 2016: *Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen*. Berlin.

Themenfeld Angriffe von Rechts:

Deutscher Bundesjugendring, Bundesverband Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und Landesjugendring Hamburg, 2025: *Haltung statt Neutralität! – Zum Umgang mit rechtsextremen Anfeindungen der Jugendverbandsarbeit*. Berlin. Online unter <https://www.dbjr.de/haltung-statt-neutralitaet>.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2020: *Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichts*. Berlin.

Dieckmann, Marcel, 2018: *Jugendsozialarbeit im Visier – Rechtspopulistische Angriffe und Einschüchterungsversuche*. In: *Berliner Zustände 2018*. S. 70-75, Online unter <https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Berliner-Zustände-2018.pdf>.

Hafeneger, Benno et al.; 2021: *Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will*. Frankfurt/ Main.

Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e. V. (Hrsg.), 2020: *Rechts(d)ruck in Sozialer Arbeit*. In: *Forum für Kinder- und Jugendarbeit* 36/2, online unter <https://www.kinder-undjugendarbeit.de/index.php?id=87>.

